

Protokoll

31. Sitzung (nicht öffentlich)

05. Oktober 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 11.15 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dautzenberg (CDU)

Stenograph : Berger

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1992) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1992 sowie zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst** 2

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 11/4164 und 11/4370

Vorlagen 11/1523, 11/1547, 11/1561, 11/1568, 11/1569, 11/1570, 11/1571, 11/1572, 11/1581, 11/1582 und 11/1592

Der Haushalts- und Finanzausschuß nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksachen 11/4164 und 11/4370) - unter Einbeziehung der zuvor gefaßten Beschlüsse - mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltungen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion die GRÜNEN einstimmig an.

Berichterstatter Abgeordneter Stefan Frechen
SPD

- 2 **Einstellungszusagen für 1993 an Bewerber für den
Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen
sowie an Bewerber für den Ausbildungsberuf "Verwaltungs-
fachangestellte/r"** 9

Vorlage 11/1562

Der Haushalts- und Finanzausschuß stimmt dem
Antrag des Finanzministeriums in der Vorlage
11/1562 einstimmig - bei Abwesenheit der
Fraktion DIE GRÜNEN - zu.

- 3 **Einrichtung von Leerstellen gemäß § 7 Abs. 5 Haushalts-
gesetz 1992** 9

Vorlage 11/1531

Der Haushalts- und Finanzausschuß stimmt dem
Antrag des Finanzministeriums in der Vorlage
11/1531 einstimmig - bei Abwesenheit der
Fraktion DIE GRÜNEN - zu.

4 **Verschiedenes**

- a) **Südeuropa-Reise** 10

Der Haushalts- und Finanzausschuß stimmt ein-
stimmig - bei Abwesenheit der Fraktion DIE
GRÜNEN - der Südeuropa-Reise - gemäß den Vor-
schlägen des Vorsitzenden - zu.

- b) **Haushaltsklausur im Jahre 1993** 11

Der Ausschuß stimmt der vom Vorsitzenden
empfohlenen Haushaltsklausur im Jahre 1993 in
Königswinter vom 23. - 24. September 1993
einvernehmlich - bei Abwesenheit der Fraktion
DIE GRÜNEN - zu.

- 1 **Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1992) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1992 sowie zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 11/4164 und 11/4370

Vorlagen 11/1523, 11/1547, 11/1561, 11/1568, 11/1569,
11/1570, 11/1571, 11/1572, 11/1581, 11/1582 und 11/1592

Der Vorsitzende sagt, die Ausschüsse, die von dem Nachtrag betroffen seien, seien seiner Aufforderung nachgekommen, in der Angelegenheit bis spätestens zum 30. September 1992 zu berichten. Eine Ausnahme stelle - wie bereits im vergangenen Jahr - der Ausschuß für Schule und Weiterbildung dar, der trotz des genannten Termins 30. September 1992 seine Sitzung auf den 7. Oktober 1992 terminiert habe. Er habe den Vorsitzenden des Schulausschusses mit Schreiben vom 22. September 1992 erneut auf die terminliche Situation hingewiesen. Eine Antwort von dem Vorsitzenden des Schulausschusses habe er bis heute nicht erhalten. Er rege an, die Beratung des Schulausschusses, soweit sie für den Zweiten Nachtragshaushalt relevant sei, zu ignorieren.

- Der Ausschuß ist bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Die Fachausschüsse hätten dem Nachtragshaushalt - bis auf die nachfolgend aufgeführten Ausnahmen - zum Teil sogar einvernehmlich - zugestimmt, ohne Änderungen zu empfehlen. Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung habe ausweislich der Vorlage 11/1571 folgenden Änderungsantrag (mehrheitlich) angenommen:

Erhöhung des Ansatzes bei Kapitel 10 220 Titel 538 00 von 1 200 000 DM um 900 000 DM auf 2 100 000 DM für die Beschaffung von Software für die Bearbeitung von Emissionserklärungen nach der 11. VO zur Durchführung des Bundes-Immissionschutzgesetzes.

Folgende Deckung habe der Ausschuß beschlossen:

Bei Kapitel 10 060 Titel 537 20 minus 700 000 DM und
bei Kapitel 10 060 Titel 683 00 minus 200 000 DM.

Dieser SPD-Antrag sei mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen worden.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung habe sich ausweislich der Vorlage 11/1569 mit den Studentenwerken befaßt. Er sei einvernehmlich der Meinung gewesen, daß die Defizite bei den Studentenwerken im Nachtragshaushalt hätten berücksichtigt werden müssen. Auf entsprechende Antragstellungen sei jedoch verzichtet worden. Der Fachausschuß bitte den Haushalts- und Finanzausschuß als federführenden Ausschuß jedoch, "den Wunsch des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, die Defizite bei den Studentenwerken im Zweiten Nachtragshaushalt auszugleichen, zu berücksichtigen".

Es sei die entscheidende Frage, ob der Haushalts- und Finanzausschuß so verfahren sollte. Wenn man dem Wunsch des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung folgen wollte, könnte der Haushalts- und Finanzausschuß demnächst alle Vorschläge der Fachausschüsse entgegennehmen und müsse dann für Deckung sorgen. Diesem Verfahren sollte daher nicht gefolgt werden.

Der Unterausschuß "Personal" habe das Nachtragshaushaltsgesetz heute morgen behandelt. Ein schriftlicher Bericht sei bereits als Vorlage 11/1592 verteilt worden.

Ferner sei auf den Antrag der CDU-Fraktion "1 000 Stellen der Schutzpolizei noch 1992 mit Beamten des gehobenen Dienstes besetzen" - Drucksache 11/4304 - sowie die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung zu dem oben genannten CDU-Antrag - Drucksache 11/4413 - hinzuweisen. Diesen Antrag habe der Haushalts- und Finanzausschuß zwar nicht förmlich zu behandeln, weil er vom Plenum ausschließlich an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen worden sei. Wegen des inneren Zusammenhangs zum Nachtragshaushalt, insbesondere zur Ergänzungsvorlage, sollten der Antrag und die Beschlußempfehlung als Material berücksichtigt werden. Der federführende Ausschuß für Innere Verwaltung habe übrigens empfohlen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Empfehlungen des Unterausschusses "Personal"

Abgeordneter Bensmann (CDU) verweist auf die Vorlage 11/1592. Anzumerken sei, daß 1 000 Stellen der Besoldungsgruppe A 6 des Polizeivollzugsdienstes gesperrt worden seien und nicht besetzt werden sollen. Eine Absetzung der Stellen hätte die von keiner Fraktion beabsichtigte Folge, daß die übrigen Stellen der Laufbahngruppe hinsichtlich ihrer Wertigkeit geprüft und aufgrund der bundesgesetzlichen Bestimmungen zu den Stellenplanobergrenzen neu geschlüsselt werden müßten. Man müsse sich aber über die Konsequenzen im klaren sein, da dieses Verfahren auch Signalwirkung für andere Ressorts haben könnte. Die besondere Situation der Polizei sei jedoch für diese Entscheidung ausschlaggebend gewesen.

Ferner sei anzumerken, daß sich dadurch immer mehr der normale Aufbau zwischen dem mittleren und dem gehobenen Dienst zu Lasten des mittleren Dienstes verschiebe. Man müsse sich darüber Gedanken machen, ob das auch wirklich so gewollt sei.

Ansonsten habe der Unterausschuß "Personal" mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. bei Nichtanwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN empfohlen, dem Zweiten Nachtragshaushalt zuzustimmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß folgt den Empfehlungen des Unterausschusses "Personal" - dem Vortrag des Vorsitzenden des Unterausschusses entsprechend - mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN.

Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz

Auf die Frage der Abgeordneten Paus (CDU) zur Strukturhilfe antwortet Staatssekretär Dr. Bentele (Finanzministerium), in der letzten Plenarsitzung habe die Landesregierung den Landtag darüber informiert, daß die Maßnahmen aus dem Jahre 1991 - einschließlich eines Sicherheitszuschlages in Höhe von 25 Millionen DM wegen möglicherweise erfolgenden Preissteigerungen - vom Kabinett beschlossen worden seien und daß darüber hinaus jetzt noch eine restliche Rate von etwa 120 Millionen DM abgearbeitet werden müsse für Projekte, die nicht in der bisherigen Liste enthalten gewesen seien. Die

Landesregierung habe die entsprechende Arbeitsgruppe beauftragt, Vorschläge zu machen, welche Maßnahmen damit abgedeckt werden können. Im übrigen habe es eine Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein vereinfachtes Verfahren für diese Schlußrate gegeben.

Abgeordnete Paus (CDU) weist darauf hin, daß die veranschlagten Mittel für 1991 seinerzeit gesperrt worden seien und diese Sperre bis heute noch nicht aufgehoben worden sei.

Ferner sei zu fragen, wie die Ausgabe der noch ausstehenden 120 Millionen DM sichergestellt werden könne, wohin das Geld im einzelnen fließen solle.

StS Dr. Bentele (FM) erklärt, die Sperre werde mit der Verabschiedung des Zweiten Nachtrages aufgehoben.

Die Ausgabe der restlichen 120 Millionen DM werde sich nach dem gleichen Verfahren richten, das das Strukturhilfegesetz generell vorgesehen habe. Es sei ein Regierungsbeschluß erforderlich. Die vorgeschlagenen Maßnahmen müssen dem Bundesfinanzminister vorgelegt werden, der diese einer Prüfung unterziehe. Bei dieser Prüfung nach den Kriterien des Strukturhilfegesetzes müsse Übereinstimmung mit den bundespolitischen Vorstellungen der Bundesressorts bestehen. Erst dann könne der Bundesfinanzminister sein Placet für diese Maßnahmen geben.

Abgeordnete Paus (CDU) bittet darum, daß sie auf jeden Fall - sobald die Vorschläge der Arbeitsgruppe per Kabinettsbeschluß von der Landesregierung gebilligt worden seien - Kenntnis davon bekomme, wofür das Geld eingesetzt werden solle.

Abgeordneter Bensmann (CDU) sagt, es sei für einen Abgeordneten schwierig zu erkennen, welche Projekte genehmigt seien und wie diese Projekte gemischt finanziert würden. Es gebe die Vorlage des Finanzministeriums an Dr. Linssen vom 9.10.1991. Diese Vorlage enthalte die gesperrten Projekte der Förderliste. Nunmehr gebe es eine Auflistung vom 15.9.1992. Daraus ergebe sich eine Differenz zwischen der ersten Liste und dem jetzigen Ausdruck. Es sei zu fragen, ob die Projekte, die in der neuen Liste nicht aufgeführt seien, nunmehr "gestorben" seien.

StS Dr. Bentele (FM) weist darauf hin, daß alle Projekte, die in der Liste enthalten seien, mit den 428 Millionen DM bedient werden könnten. Die Projekte, die mit den 120 Millionen DM bedient würden, seien in der Liste noch nicht enthalten.

Ministerialrat Dietrich (Finanzministerium) erläutert, die ursprünglichen Projekte, die im Haushalt 1991 der Sperre unterlägen hätten, seien zum Teil in den Jahren 1989 und 1990 von der Landesregierung entwickelt und beim Bund angemeldet worden. In der Zwischenzeit seien diese Projekte auf Eis gelegt worden. Da für einige Projekte ein besonderer Bedarf bestanden habe, dies außerhalb der Strukturhilfe zu realisieren, sei möglicherweise eine Reihe von Projekten über die normalen Programme der Ressorts abgewickelt worden. Es seien auch einige Projekte zurückgezogen worden, weil aufgrund des Zeitablaufs kein Interesse mehr daran bestanden habe.

Das, was jetzt in der Diskussion sei und was in der jetzt ausgedruckten Liste enthalten sei, sei die aktualisierte Förderliste, wie sie im Moment in der Landesregierung diskutiert und von ihr dann auch entsprechend beschlossen werde.

StS Dr. Bentele (FM) sagt zu, dem Haushalts- und Finanzausschuß die aktualisierte Liste vorzulegen, die vom Kabinett beschlossen und dem Bund zugeleitet werde.

Einzelplan 10

StS Dr. Bentele (FM) erklärt, eine überplanmäßige Ausgabe habe wegen fehlender haushaltsrechtlicher Voraussetzungen nicht bereitgestellt werden können. In der Sache halte das Ministerium den Beschluß des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung auf zur Verfügungstellung von Mitteln zur Beschaffung von Softwareprogrammen für sinnvoll und richtig. Es gebe allerdings Schwierigkeiten mit dem Deckungsbeschluß.

Dazu müsse man wissen, daß im Einzelplan 10 die sächlichen Verwaltungsmittel erheblich höher angesetzt seien als in anderen Ressorts. Deshalb müsse der Einzelplan 10 unter Berücksichtigung seines Volumens die Möglichkeit bieten, Ansatzserhöhungen in der Hauptgruppe 5 durch Einsparungen in der gleichen Hauptgruppe auszugleichen. Das Finanzministerium schlage daher folgendes vor: Was die 700 000 DM angehe, so folge das Finanzministerium dem, was der Fachausschuß vorgeschlagen

habe, nämlich diese 700 000 DM bei Kapitel 10 060 Titel 537 20 zu entnehmen.

Was die vom Fachausschuß beschlossene Deckung bei Kapitel 10 060 Titel 683 00 - Verminderung des Ansatzes um 200 000 DM - angehe, so sei dies durch folgende Einsparung zu ersetzen:

Kapitel 10 010 Titel 538 60 in Höhe von 35 000 DM
und
Kapitel 10 060 Titel 537 10 in Höhe von 165 000 DM.

Nach entsprechender Erörterung wurde die Empfehlung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung unter einvernehmlicher Berücksichtigung der zuvor dargestellten Abänderung wie folgt zur Abstimmung gestellt:

Kapitel 10 220 Titel 538 00
Erhöhung des Ansatzes von 1 200 000 DM
um 900 000 DM
auf 2 100 000 DM

Kapitel 10 060 Titel 537 20
Verminderung des Ansatzes um 700 000 DM

Kapitel 10 010 Titel 538 60
Verminderung des Ansatzes um 35 000 DM

Kapitel 10 060 Titel 537 10
Verminderung des Ansatzes um 165 000 DM.

Dieser Änderung des Haushaltsplans stimmte der Ausschuß mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig zu.

Studentenwerke

Auf Vorschlag des Vorsitzenden faßt der Ausschuß einstimmig bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN folgenden Beschluß:

Der für den Haushalt zuständige Ausschuß ist - ohne entsprechende Empfehlung durch den zuständigen Fachausschuß - nicht in der Lage, konkrete Änderungen des Haushaltsplans zu beschließen.

Über die Frage, ob der Haushalts- und Finanzausschuß die Meinung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung teile, daß die Landesregierung die entsprechende Defizite bei den Studentenwerken hätte berücksichtigen müssen, erfolgt keine Abstimmung.

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Abgeordneter Bensmann (CDU) verweist bei Kapitel 07 510 Titel 698 10 auf die Verpflichtungsermächtigung von 440 Millionen DM und fragt - unter Bezugnahme auf die Diskussionen im Fachausschuß -, warum man so langfristige Verträge bis 1996 machen wolle.

Finanzminister Schleußer sagt, wenn dies in Begleitung durch karitative Verbände erfolgen solle, so kämen günstige Verträge nur dann zustande, wenn sie langfristig abgeschlossen würden. Diese müßten natürlich mit Verpflichtungsermächtigungen abgesichert sein. Man habe sich insoweit auch im Parteienkonsens befunden.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) meint, diese Verträge könnten nur langfristig abgeschlossen werden. Es müsse alles getan werden, um den politischen Willen auch umzusetzen.

Abgeordneter Trinius (SPD) stimmt dem zu.

Der Vorsitzende stellt fest, daß keine weiteren Anträge gestellt werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuß nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksachen 11/4164 und 11/4370) - unter Einbeziehung der zuvor gefaßten Beschlüsse - mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltungen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion die GRÜNEN einstimmig an.

Berichterstatter Abgeordneter Stefan Frechen SPD

- 2 Einstellungszusagen für 1993 an Bewerber für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie an Bewerber für den Ausbildungsberuf "Verwaltungsfachangestellte/r"**

Vorlage 11/1562

Abgeordneter Bensmann (CDU) erklärt, der Unterausschuß "Personal" habe der Vorlage des Finanzministeriums einstimmig zugestimmt.

Der Haushalts- und Finanzausschuß stimmt dem Antrag des Finanzministeriums in der Vorlage 11/1562 einstimmig - bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN - zu.

- 3 Einrichtung von Leerstellen gemäß § 7 Abs. 5 Haushaltsgesetz 1992**

Vorlage 11/1531

Abgeordneter Bensmann (CDU) erklärt, der Unterausschuß "Personal" habe der Vorlage des Finanzministeriums einstimmig zugestimmt

Der Haushalts- und Finanzausschuß stimmt dem Antrag des Finanzministeriums in der Vorlage 11/1531 einstimmig - bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN - zu.